



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Annette Karl, Ruth Müller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** und Fraktion (SPD)

Humanitäre Krise in der Grenzregion Belarus und Polen beenden

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag betrachtet mit großer Sorge die sich im Grenzgebiet zwischen Belarus und Polen zuspitzende humanitäre Krise. Tausende von Migranten halten sich dort derzeit ohne humanitäre Hilfe und ärztliche Versorgung bei Minusgraden auf.

Der Landtag verurteilt die Provokationen des autokratischen Machthabers Alexander Lukaschenko, der seit Wochen gezielt Menschen aus Krisenregionen wie Afghanistan und dem Irak einfliegen lässt, um sie illegal in die EU zu schleusen und dadurch Druck auf europäische Staaten auszuüben. Gleichmaßen kritisiert der Landtag Polens menschenunwürdige Pushbacks als unvereinbar mit den EU-Werten und den Verpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, ihren Einfluss auf die Europäische Kommission zu nutzen, eine humanitäre Lösung für die Krise an der EU-Außengrenze zu finden. Dazu soll die Kommission als „Hüterin der Verträge“ neben zu verschärfenden Sanktionen gegen Belarus insbesondere darauf einwirken, dass

- die Menschenrechte gemäß der Beschlüsse der Genfer Flüchtlingskonvention eingehalten werden,
- illegale Pushback-Aktionen nach Belarus unterbunden werden und den Menschen stattdessen Zugang zu Asylverfahren gewährt wird,
- die ärztliche und humanitäre Versorgung der Menschen im belarussischen und polnischen Grenzgebiet sichergestellt wird.

Begründung:

Seit August 2021 haben tausende Menschen – meist aus dem Nahen Osten und Afrika – versucht, die Grenzen zur EU von Belarus aus zu überqueren. Polen und Litauen haben in den vergangenen Monaten tausende illegale Grenzübertritte in die EU gemeldet. Nach Erkenntnissen der polnischen Behörden harren derzeit zwischen 3 000 und 4 000 Migrantinnen und Migranten bei Minusgraden im Grenzgebiet zwischen Belarus und Polen aus. Polen hat den Ausnahmezustand verhängt und das Gebiet weiträumig abgesperrt. Ärztinnen und Ärzten und Sanitäterinnen und Sanitätern ist dadurch die ärztliche und humanitäre Versorgung von Kranken in der Grenzzone verweigert. Auch NGOs und Medienvertreterinnen und -vertreter haben keinen Zugang zu der sich dort abspielenden humanitären Tragödie. In der Grenzregion sind bereits mehrere Migrantinnen und Migranten gestorben.

Menschenrechtsorganisationen fordern Hilfe für die im Wald gestrandeten Menschen und warnen vor einer humanitären Katastrophe. Auch Literaturnobelpreisträgerinnen wie Herta Müller, Elfriede Jelinek, Swetlana Alexijewitsch und Olga Tokarczuk haben sich jüngst mit einem öffentlichen Brief an die Präsidenten des Europäischen Rats und des Europäischen Parlaments sowie an die Mitglieder des Europäischen Parlaments gewandt.

Der Migrationsforscher Gerald Knaus kritisiert angesichts der wachsenden Probleme mit Flüchtlingen aus Belarus die moralische und rechtliche Krise des europäischen Grenzmanagements sowie gravierende Verletzungen der EU-Werte sowie der Flüchtlings-, Menschenrechts- und Kinderrechtskonvention. CDU-Politiker Dr. Wolfgang Schäuble hat sich angesichts der dramatischen Lage an der belarussisch-polnischen Grenze für eine „schnelle, humanitäre Lösung“ ausgesprochen und empfohlen, eine „vorläufige Einreise“ in die EU zu ermöglichen, „um zügig geordnete Asylverfahren durchführen, um den dauerhaften Status zu klären und politisch nicht Verfolgte zurückzuführen.“